

BRASILIEN

Sammeln für den Regenwald

Wenn ihn Kollegen aus Europa besuchten – wie im Mai Angela Merkel –, musste sich Luiz Inácio Lula da Silva oft Ermahnungen anhören, weil seine Landsleute immer mehr Regenwald abholzen. Jetzt hat der brasilianische Präsident mit seinem neuen Umweltminister Carlos Minc einen Amazonas-Fonds gegründet – und die erste große Einzahlung steht bevor: 100 Mil-

lionen Dollar will im September der norwegische Regierungschef Jens Stoltenberg, ein Sozialdemokrat, übergeben. „Wunderbar, ich habe keine Probleme mehr mit der Umwelt“, jubelte Lula, der impulsive Präsident von Lateinamerikas größter Wirtschaftsmacht. Die Nationale Entwicklungsbank BNDES soll den Fonds verwalten. Eine Milliarde US-Dollar im ersten Jahr, bis 2021 mehr als 21 Milliarden Dollar, sollen von ausländischen und privaten brasilianischen Spendern für den Regenwald gesammelt werden. Ein Gremium, in dem sowohl die Regierung als auch die brasilianischen Amazonas-Staaten und sogar Bürger vertreten sind, muss einstimmig darüber entscheiden, wohin die Mittel fließen werden. Bis zu einem Fünftel könnte zum Beispiel für die bessere Überwachung der Viehzüchter und Soja-Bauern verwendet werden – sie erschließen bisher oft Neuland, indem sie illegal Waldflächen abbrennen. Wissenschaftler und Umweltverbände halten es zudem für eine wichtige Aufgabe des Fonds, nachhaltige Industriezweige zu fördern. Die Produktion von Gummi und Latex beispielsweise könnte für die Amazonasbewohner eine Alternative zur weniger einträglichen Vieh- und Forstwirtschaft werden. „Brasilien wird seine Verantwortung wahrnehmen und das Amazonasgebiet schützen“, sagte Präsident Lula, „das ist auch gut für unsere Wirtschaft.“



JAMIL BITTAR / REUTERS

Holztransport im Amazonasgebiet



MESSARA / DPA

ALGERIEN

Expedition Rache

Die Bekennerbotschaft wurde – wie so oft – über den TV-Sender al-Dschasira verkündet: Am vergangenen Donnerstag übernahm „al-Qaida des islamischen Maghreb“ die Verantwortung für die blutigste Attentatsserie dieses Jahres. Bei insgesamt vier Anschlägen rund um die Berge der Ka-

INDONESIEN

Lieber Schwert als Kugel

Ein bizarrer Streit ist um die Frage entbrannt, wie die für die Anschläge von Bali verantwortlichen Islamisten hingerichtet werden sollen. Imam Samudra, 38, Ali Ghufron, 48, und Amrozi, 46, hatten am 12. Oktober 2002 Bomben gegen zwei Bars auf der Ferieninsel hochgehen lassen – 202 Menschen starben, darunter 88 Australier und 6 Deutsche. Eigentlich ist die Exekution der vor fünf Jahren verurteilten Attentäter überfällig, doch ihr Anwalt spielt erfolgreich auf Zeit. Sein neuestes Argument: In Indonesien sterben Todeskandidaten durch einen gezielten Schuss ins Herz, wobei ein Schütze des zwölköpfigen Hinrichtungskommandos scharfe Munition im Gewehr hat, die anderen nur Platzpatronen. Diese Art der Hinrichtung grenze aber an „Folter“, sagt Verteidiger Wirawan Adnan und führt an, seine Mandanten könnten „eine ganze Minute lang jämmerlich verbluten“. Er verlangt Rücksichtnahme auf die Menschenwürde des Trios, das dem Umfeld der indonesischen Terrororganisation Jemaah Islamiah zugeordnet wird. Deshalb stünde ihnen ein Abschied nach islamischer Art zu: Hinrichtung mit einem scharfen Schwert. Adnan hat erreicht, dass der anberaumte Termin auf unbestimmte

Zeit verschoben wurde. Die Täter, die in einem Hochsicherheitsgefängnis in Zentraljava einsitzen, haben nun Familienbesuche zum Ramadan beantragt, der in der kommenden Woche beginnt.



OKA BUDHI / DPA

Ehrung australischer Bombenopfer in Bali 2002

EUROPA

Kampf um Kommissare

In der EU wird ein Geschenk für Irland vorbereitet, das auch andere Europäer erfreuen könnte: das Recht auf einen eigenen Kommissar in Brüssel. Die Sorge, einen einflussreichen Posten in der EU-Kommission zu verlieren, war wohl einer der Gründe für das irische Nein zum Vertrag von Lissabon beim Referendum am 12. Juni. Damit blockieren die Inselbewohner den Versuch der Gemeinschaft, sich ein effizienteres Regelwerk zu geben. Das sieht, für die Zeit ab 2014, nur noch 18 Kommissare für die 27 Mitgliedstaaten vor. Nach Artikel 17, Absatz 5 des Lissabon-Vertrags könnten die EU-Länder die Zahl der Kommissare freilich ändern. Stünde den Iren auch in Zukunft ein Kommissionsposten zu, so spekulieren Europapolitiker, würden sie sich bei einer eventuellen Wiederholung der Volksabstimmung womöglich mehrheitlich zum Ja durchringen können. Zuvor müssten allerdings alle 27 EU-Mitglieder ihr Einverständnis geben – und sie werden vermutlich daran die Bedingung knüpfen, auch „ihren“ Kommissar zu behalten. Wie verbissen jedes Mitgliedsland darum kämpft, zeigte sich kürzlich, als Frankreichs Präsident



Unterstützer irischer Europagegner

Nicolas Sarkozy Pläne für den Fall entwarf, dass der Lissabon-Vertrag nicht in Kraft tritt. Denn schon die nächste, im Herbst 2009 zu bildende Kommission wird in jedem Fall mindestens einen Kommissar weniger haben. Länder mit „gemeinsamem kulturellem Erbe“, schlug Sarkozy vor, könnten sich ja einen Kommissar teilen. Österreich und Deutschland zum Beispiel oder Großbritannien und Irland. Er erntete wütende Proteste. Das sei „nicht einmal ein schlechter Sommerwitz“, befand etwa Österreichs Außenministerin. Bayerns Ministerpräsident Günther Beckstein forderte Berlin auf, für einen deutschen Kommissar „zu kämpfen“.



Anschlag in Bouira

zündete er eine Autobombe, dann seinen Sprengstoffgürtel. 43 Menschen starben, die meisten von ihnen waren junge Männer, die sich bei der Polizei bewerben wollten. Am vergangenen Mittwoch ereigneten sich in Bouira, 80 Kilometer südöstlich der algerischen Hauptstadt, dann gleich zwei Attentate. Mit Sprengstoff präparierte Fahrzeuge explodierten vor einem Militärkomplex und vor dem größten Hotel der Stadt. Die Bilanz: 11 Tote und 31 Verletzte, die meisten davon Arbeiter einer kanadischen Baufirma.

Algerien kennt zwar seit langem Terror, aber Selbstmordattentate erst seit gut einem Jahr. Ausgeführt wer-

den sie von den Salafisten der GSPC, die sich in „al-Qaida des islamischen Maghreb“ umbenannt hatte. Die Islamisten wenden sich gegen die Regierung von Präsident Abdelaziz Bouteflika, der eine Verfassung, eine Regierung und ein Rechtssystem der Ungläubigen aufrechterhalte, in dem es weder Platz für den Koran noch für die Anwendung der Scharia gebe. Das erklären die Extremisten in einer 72-Seiten-Hassschrift, die seit Monaten im Internet kursiert.

byleil, östlich der Hauptstadt Algier, starben mehr als 60 Menschen. Die „Expedition Rache“ sei die Antwort auf den Tod von zwölf Terroristen im Gefecht mit Militärs Anfang August. Die Serie der Anschläge, die Algerien erschütterten, begann am 17. August in Skikda, 350 Kilometer östlich von Algier. Elf Sicherheitskräfte und ein Zivilist eines Armeekonvois starben. Zwei Tage später löste ein Selbstmordattentäter vor einer Polizeischule in Isser im Norden gleich eine doppelte Explosion aus: Erst

ISRAEL

Warnung aus der Wüste

Beim Aufbau ihres weltweiten Raketenabwehrsystems können die USA einen doppelten Fortschritt verbuchen. In der vergangenen Woche stimmte die polnische Regierung der Stationierung amerikanischer Abfangraketen zu, gleichzeitig wurde in Jerusalem bekannt, dass auch Israel an das US-System angeschlossen werde. Anfang kommenden Jahres soll in der Wüste Negev das sogenannte FBX-Radar der USA installiert werden, das frühzeitig gegenirische ballistische Raketen entdecken soll. Eine ähnliche Radareinrichtung steht bereits in Japan und wird auch in Tschechien stationiert. Mit Hilfe amerikanischer Abfangraketen könnten dann vom Süden des Landes aus nicht nur Israel und die USA, sondern auch Nato-Staaten wie Griechenland und die Tür-

kei vor – allerdings höchst unwahrscheinlichen – iranischen Angriffen geschützt werden. „Die USA kommen damit dem Ziel eines weltweiten Abwehrsystems einen großen Schritt näher“, sagt Sascha Lange, Rüstungsexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik. Das Radarsystem für Israel hat auch einen politischen Zweck: Es soll die Regierung in Jerusalem von einem Präventivschlag gegen die Atomanlagen in Iran abhalten. Dazu passt auch, dass Washington den Israelis bislang sowohl die gewünschte Lieferung moderner F-22-Kampffjets als auch Überflugrechte durch irakischen Luftraum verwehrt. Sogar in Israel werden inzwischen Zweifel an einem Militärschlag lauter. „Israel darf Iran auf keinen Fall angreifen“, sagt Meir Scheerit, der Innenminister der regierenden Kadima-Partei ist und zu den Kandidaten für die Nachfolge von Premier Ehud Olmert gehört.